

»Wie passt Familie überhaupt noch in den Alltag?«

Helga Krüger, Professorin für Soziologie, über Versäumnisse und Perspektiven deutscher Familienpolitik von Ulrike Helwerth

Eine nachhaltige Familienpolitik, »die den Übergang von der Industriegesellschaft als ursprünglich männlicher Domäne in eine eher weiblich besetzte Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft als einen wesentlichen und nicht in naher Zukunft umkehrbaren Prozess akzeptiert«, muss ein Dreiklang sein aus: Zeitpolitik, integrativer Infrastruktur sowie finanziellen Transfers. So lautet eine der zentralen Empfehlungen der Kommission für den 7. Familienbericht.

FrauenRat: Wie hört sich dieser Dreiklang aktuell an?

Helga Krüger: Extrem dissonant – bei den finanziellen Transferleistungen liegen wir oberhalb des europäischen Durchschnitts, doch die Infrastruktur ist bei uns sehr schlecht entwickelt, und auch in der Zeitpolitik hinken wir 15 bis zwanzig Jahre hinter anderen europäischen Ländern her. Bei uns herrscht immer noch die Zweiteilung der Welt: Der Mann hat die Ernährerrolle inne, die Frau ist in erster Linie für die Familie verantwortlich, und das wirft uns familienpolitisch immer weiter zurück.

Zum Beispiel wird für den Öffentlichen Dienst die 40-Stunden-Woche verhandelt, ohne eine Sekunde darüber nachzudenken, was das familienpolitisch bedeutet. In den Nachbarländern ist das ganz anders: In Schweden gibt es – gerade auch mit Blick auf die Familie – die 32,5-Stunden-Woche, dafür haben sie dort einen kürzeren Jahresurlaub. In Dänemark und Frankreich gibt es die 35-Stunden-Woche. Das Zusammendenken von Erwerbsarbeit und Familie steht an.

Zum Beispiel eine Arbeitszeitverkürzung zumindest für Erwerbstätige mit Familienverantwortung bei vollem Lohnausgleich.

Diesen Vorstoß hat ja schon Norbert Blüm einst gemacht. Er schlug vor, dass Eltern nur noch 36 Wochenstunden arbeiten sollen. Aber diese Idee ist gleich wieder vom Tisch verschwunden. Das heißt wir denken nicht darüber nach, wie man Familien- und Erwerbszeiten miteinander sinnvoll verkoppeln kann. Dieses Problem zu lösen bleibt weiterhin Aufgabe der Frauen. Sie nehmen Lösungen wie Teilzeit gern in Anspruch. Aber das ist ein wackeliger Weg, bedeutet er doch immer auch Karrierenachteile. Denn auch die Erwerbssituation von Männern ist heute nicht so sicher, dass man am Familienernährer-Modell festhalten kann. Es wäre also viel klüger, beide würden sich die Erwerbs- und Familienarbeit gleichberechtigt und je nach Arbeitsmarktchancen teilen.

Die Kommission schlägt deshalb u.a. ein so genanntes Optionszeiten-Modell vor, in dem der Lebensbereich jenseits von Erwerbsarbeit stärker

zum Zuge kommen soll. Es sieht die Möglichkeit vor, im Lebensverlauf Auszeiten zu nehmen für z.B. familiäre Belange, für die Pflege auch von Partnern und alten Eltern, für Aktivitäten im Gemeinwesen, für die eigene Aus- und Weiterbildung usw., um das Leben wieder anzureichern und besser mit der Erwerbsarbeit auszubalancieren.

Angesichts solcher Empfehlungen macht die geplante Arbeitszeiterhöhung im Öffentlichen Dienst noch fassungsloser.

Ja, es ist schon erstaunlich, dass sich der Öffentliche Dienst auch angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen wenig ideenreich zeigt. Eigentlich würde man erwarten, dass er sich zum Vorreiter in Sachen Zukunftssicherung von Familien macht, zumal im Öffentlichen Dienst sehr viele Frauen



beschäftigt sind. Doch offensichtlich wird auch dort aus der ökonomischen Logik der jeweiligen Instanzen heraus argumentiert. Gleichzeitig stellt der Öffentliche Dienst einen wesentlichen Teil der familial benötigten Infrastruktur, die dringend qualitativ und quantitativ ausgebaut werden muss.

Nehmen wir nur einmal die Kindergärten und die Schulen: Sie alle haben ihren eigenen Zeitrhythmus. Das heißt der Zeitplan des Kindergartens ist nicht koordiniert mit dem Zeitplan der Schule, beide sind nicht auf eine Ganztagsöffnung angelegt. Eltern bzw. auch Teilzeit arbeitende Mütter haben größte Mühe, ihre Arbeitszeiten mit den Zeiten ihrer Kinder und diese untereinander zu koordinieren. Das führt zu einer ganzen Reihe von Reibungspunkten, die immer wieder zu Problemen für Familien führen.

Infrastrukturell geht es u.a. um die Fragen nach der Anzahl, der Qualität und der Finanzierbarkeit der Betreuung: Können alle Kinder in den entsprechenden Entwicklungsphasen auch öffentlich betreut werden? Oder gibt es da Restriktionen, wie zum Beispiel hohe Gebühren? Und dann geht es um die Frage: Brauchen wir diese Infrastruktur, um die Mütter zu entlasten und ihnen zu gestatten, dass sie erwerbstätig sind, oder brauchen wir die Infrastruktur, damit Kinder optimale Bedingungen für ihre Entfaltung erhalten? Auch das wird sehr kontrovers diskutiert. Unsere Kommission plädiert dafür, gerade auch mit Blick auf die Repro-

duktion sozialer Ungleichheit, dass die Kinderbetreuungschancen außerhalb der Familie möglichst früh bestehen sollten, bereits im Krippenalter also. Das setzt natürlich eine entsprechende Qualität der Einrichtungen und Qualifikation des Betreuungspersonals voraus. Auch hier sind uns einige unserer Nachbarländer weit voraus.

An welche denken Sie?

Zum Beispiel an Dänemark; dort sind ungefähr fünfzig Prozent der Kinder bis zum sechsten Lebensmonat bereits in einer öffentlichen Fördereinrichtung und später dann 76 Prozent, während bei uns das Verhältnis ganz anders aussieht. In Frankreich beginnt die Betreuung von Mutter und Kind bereits, wenn beide aus dem Krankenhaus nach Hause zurückkehren. Anschließend Ganztagsbetreuung in Krippe und Schule ist selbstverständlich. Ziel ist, das Kind zu fördern, während bei uns immer noch eher der Gedanke gepflegt wird, dass die Mutter zu Hause die beste Lösung und die außerhäusliche Betreuung von Kindern eine Art Notbehelf ist. Andere Länder sehen das anders. Und damit haben sie auch Recht. Denn die neuesten neurobiologischen Forschungen kommen zum Schluss, dass die ersten Lebensjahre zentral sind für die Grundlegung von Bildungskompetenz.

Sie haben die Reproduktion sozialer Ungleichheiten angesprochen. Das bringt mich zum dritten Ton im Dreiklang: Transferleistungen. Da steht Deutschland im europäischen Vergleich nicht so schlecht da.

In der Tat. Aber nur, weil wir in puncto Infrastruktur und Zeitpolitik weit unter dem Mittelfeld rangieren. Nur: es sind die finanziellen Transferleistungen für Familien wenig transparent und zielgerichtet. Zum Beispiel hat das Ehegatten-Splitting ja nichts mit Kindern in der Ehe zu tun. Warum also unterstützen wir nach wie vor die Eheschließung? Stattdessen wäre es – ähnlich wie in Frankreich – empfehlenswert, eine Fami-

lien- oder Kinderkasse einzuführen, um kindbezogen zu fördern. Das Zweite ist die Zielgerichtetheit. Wir beziehen Kindergeld bis zum 27. Lebensjahr. Unsere Nachbarn gehen da ebenfalls z.B. einen anderen Weg: Dort werden 18-Jährige »belohnt« in dem Moment, wo sie zu Hause ausziehen. Sie bekommen dann so etwas wie ein Startgeld in die eigene Haushaltsführung. Während also dort junge Menschen in ihrer Selbständigkeit und Integration in das öffentliche Leben unterstützt werden, werden sie hier in der finanziellen Abhängigkeit der Eltern und zu Hause gehalten – wie ja auch die Erwerbstätigkeit von Müttern wenig unterstützt wird. Eine Folge davon ist, dass in Frankreich z.B. allein Erziehende zu 86 Prozent wirtschaftlich unabhängig bleiben, während bei uns allein Erziehende verstärkt in die Armut fallen.

Was halten Sie vom neuen Elterngeld?

Es ist ein richtiger Einstieg in die Idee, die Erwerbstätigkeit von Frauen zu stützen. Elterngeld als Lohnersatz versucht ja, den bisherigen Lebensstandard nicht völlig absacken zu lassen, sobald ein Kind kommt. Und dadurch, dass es auf 14 Monate beschränkt wird, liegt die Rückkehr in den Erwerb sehr nahe. Vorausgesetzt es gibt eine Infrastruktur, die nach dem 14. Monat eine entsprechende Kinderbetreuung außerhalb der Familie ermöglicht. Und die Idee mit den Vätermontaten geht in die Richtung, Männer stärker an der Familienarbeit zu beteiligen, auch Vaterschaft neu zu definieren.

Wird diese Idee wirklich funktionieren?

In Schweden, wo dieses Modell schon vor vielen Jahren eingeführt wurde, hat es erstaunlich gut gegriffen, und auch bei uns gibt es eine ganze Reihe von jungen Männern, die sich gern um ihr Kind kümmern würden. Leider müssen sie noch zu oft damit rechnen, dass ihre Chefs das keineswegs honorieren. Dabei ist die Beteiligung der Väter gesamtgesellschaftlich von besonderer Bedeutung. Denn be-

kanntlich sind wir ja auf dem Weg in eine Dienstleistungsgesellschaft, in der auch Männer Kompetenzen ausbauen müssen, die man überwiegend in Dienstleistungsberufen braucht: Empathie, Rücksichtnahme, Multitasking – alles Fähigkeiten, die man in der Familie lernen kann. Insofern kann man das auch ganz anders rechtfertigen, warum es für Väter sinnvoll ist, wenn sie sich um ihre Babys kümmern.

Im Übrigen fällt mir dazu immer diese Kampagne »Mädchen in Männerberufe« ein, die in den Siebziger- und Achtzigerjahren groß gefahren wurde. Dabei wurde die Arbeitsmarktentwicklung völlig falsch eingeschätzt. Tatsächlich gehen die klassischen industrienahen Produktionsberufe zurück, während die typischen Frauenberufe im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor expandieren. Was also fehlt, sind Männer in Frauenberufen und nicht umgekehrt. Männer können diese für den aktuellen Arbeitsmarkt in der Dienstleistungsgesellschaft notwendigen Grundkompetenzen, wie gesagt, am besten in der Familie erwerben.

Sind Sie zufrieden mit Ihrem 7. Familienbericht?

Ja, denn er hat in vielen Punkten neue Aspekte erbracht. Am besten gefällt mir aber die Grundidee, die Familie vom Lebenslauf her zu diskutieren. Also die Frage zu stellen: Wie passt eine Familie heute in die Biografie von Frauen und Männern, und von daher konzeptionell zu überlegen, wie man den Ausgleich zwischen Zeitpolitik, Infrastruktur und finanziellem Transfer hinkriegen kann. Die Lebensläufe beider Geschlechter haben sich verändert, aneinander angeglichen, modernisiert; wir haben ca. dreißig Jahre Lebenszeit hinzugewonnen, die Ausbildungszeit hat sich verlängert, die Erwerbszeit hat sich sehr verdichtet, Berufseinstieg und Familiengründungsphase kollidieren, werden zur Rush-Hour des Lebens, und die Zeit in der Verrentung ist sehr lang geworden. Die Frage lautet: Wie passt Familie überhaupt noch rein?

Mit Helga Krüger sprach Ulrike Helwerth.



Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, August 2005, als Download erhältlich unter: www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte.html

Helga Krüger

ist emeritierte Professorin für Familiensoziologie, familiale und berufliche Sozialisation an der Universität Bremen und Gründungsmitglied des Studiengangs Lehramt Pflegewissenschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem: Berufs- und Berufsbildungsforschung, Familien- und Berufssozialisation, Frauen- und Lebenslaufforschung, Pflegeforschung. Sie studierte Romanistik, Pädagogik, Philosophie und Soziologie an den Universitäten Paris, Marburg, Bogotá (Kolumbien) und Kiel.

Sie war stellvertretende Vorsitzende der Sachverständigenkommission für den 7. Familienbericht – die erste Familienbericht-Kommission, die mehrheitlich mit Frauen besetzt war.

Trendwende

Deutscher Frauenrat zum Referenten-Entwurf für ein Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG)

In seiner Stellungnahme vom 26. Mai 2006 begrüßt der Deutsche Frauenrat (DF) den Entwurf als »eine Chance zur Beförderung der Chancengleichheit der Geschlechter in Erwerbsleben und Familie« und als »Anfang einer Trendwende hin zu einer Arbeitswelt mit partnerschaftlich und gleichstellungsorientiertem Familienbewusstsein«.

Die geplante Konzentration der Förderung auf die ersten 14 Monate nach der Geburt des Kindes aber kann die erhoffte Ermutigung zum frühen Wiedereinstieg ins Erwerbsleben nur erzielen, wenn die tatsächliche Anschlussbetreuung des Kindes für alle Eltern gesichert ist. In diesem Zusammenhang wiederholt der DF seine Forderung nach einem Rechtsanspruch für unter dreijährige Kinder auf familienergänzende Bildung und Betreuung in einer Kindertageseinrichtung.

Nach Auffassung des DF muss die partnerschaftliche Orientierung hinsichtlich der Kinderbetreuung aber noch viel stärker gefördert werden. Viele Elternpaare haben den Wunsch, sich während der Elternzeit gemeinsam die Kinderbetreuung zu teilen – bei gleichzeitig reduzierter Erwerbsarbeit. Damit eine solche Option attraktiv wird, muss der Gesetzesentwurf dahingehend geändert werden, dass parallel Teilzeit arbeitende Mütter und Väter über die bislang geplanten sieben Monate hinaus das Elterngeld entsprechend des ihnen zustehenden Höchstbetrags (max. 1.800 Euro/Monat) in Anspruch nehmen können. Allein Erziehenden muss der volle Förderanspruch von 14 Monaten gewährt werden, und zwar unabhängig davon, ob sie das alleinige Sorgerecht haben oder nicht.

Im Anbetracht der Finanzsituation stimmt der DF der Einkommenskompensation bis max. 1.800 Euro/Monat zu. Auch die vorgesehene Aufstockung geringer Einkommen (unter 1.000 Euro) ist sinnvoll und die geplante Anrechnungsfreiheit des Elterngeldes auf andere einkommensabhängig gezahlte Sozialleistungen begrüßenswert.

Kritisch bewertet der DF, dass sich für ALG-II-BezieherInnen – verglichen mit dem noch aktuellen Bundeserziehungsgeldgesetz – der Bezugszeitraum um zehn Monate verkürzen wird.



Die komplette Stellungnahme des Deutschen Frauenrates: [www.frauenrat.de/files/StellungnahmeElterngeld\(web\).pdf](http://www.frauenrat.de/files/StellungnahmeElterngeld(web).pdf)